

Abg. Schz. von Hertling (Centrum): Mit dem Abg. Geisler will ich mich hier nicht weiter befassen; denn seine Ausführungen über die unersöhnliche Feindschaft zwischen religiöser Überzeugung und wissenschaftlicher Thätigkeit geben mir das absolut keinen Anlaß. Ganz anders sieht es sehr verständlich mit den Ausführungen des Abgeordneten Birnbaum. Derselbe hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich die Zwecke der hiesig geforderten Anstalt nicht vollkommen anerkenne. Diese Zwecke erkenne ich allerdings an; die Frage ist nur, ob mit den hier vorgeschlagenen Mitteln diese Zwecke erreicht werden können, nämlich Deutschland zu befähigen, auch auf naturwissenschaftlichem Gebiete die Konkurrenz mit anderen Staaten ausbilden zu können. Das kann nicht finden, daß der hier vorgeschlagene Weg der richtige ist. Der Abg. Birnbaum sagt nun: wie thun ja hier allerdings einen Versuch.



Schritt, aber wir gehen nur dankt auf dem allgemeinen Wege weiter, den wir bisher gegangen sind. Wir dagegen sind jedesmal, wenn wir uns auf neue Aufgaben für das Reich begeben, von denen wir wünschen, daß sie auch durch die Einzelstaaten vollkommen erfüllt werden können. Der Abg. Birkow hat in das von Preußen selbst gelangt. Wäre ich Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, so würde ich unbedingt dieser Vorlage zustimmen. Auch haben mich die Ausführungen des Abg. Birkow nicht davon überzeugt, daß die hier geplante Anstalt den bereits bestehenden technischen Lehranstalten nicht erheblichen Nachschub thun würde. Das ist ein wesentliches Argument gegen diese Centralanstalt. Ferner ist die Frage, ob die Aufgaben, welche das physikalisch-technische Institut lösen soll, nicht auch gelöst werden können ohne Gründung dieses großen Apparats, und ob es Aufgaben sind, welche schlechterdings das Reich lösen muß. Daß es große, schöne und wünschenswerte Aufgaben sind und daß es auch mangelhaft, daß diese Aufgaben in Deutschland erfüllt werden, ist richtig; aber ich bin vom wissenschaftlichen und politischen Standpunkt aus nicht überzeugt, daß wir mit der Gründung dieser Anstalt den richtigen Weg zur Lösung dieser Aufgaben beschreiten. Ich könnte damit einverstanden sein, wenn die Organisation anders gedacht wäre, wenn man einer Centralstelle, die aber nicht ausschließlich Centralinstitut wäre, gewisse Fonds zur Disposition gäbe und gewisse Aufgaben stellte mit der Verpflichtung, das Ergebnis der Untersuchungen den einzelnen Instituten zu übermitteln. Aber für die Errichtung einer Centralanstalt sehe ich einen Bedarf nicht ein.

Ich wende mich nun zu den persönlichen Gebiet beschreitenden Ausführungen des Abg. Birkow. Gerade der Mann, auf den er sich bezog, hat den Beweis geliefert, daß man in der bisherigen Weise durch Zusammenwirken wissenschaftlicher und privater Technik außerordentlich Grobes leisten kann. Ich sehe gar nicht ein, weshalb das anders werden soll. Wenn es sich darum handeln sollte, diesem gewiß hochverdienten Manne eine nationale Anerkennung zu Theil werden zu lassen, so würde ich gern dazu bereit sein, aber ein solches Institut scheint mir dazu in der That nicht das geeignetste Mittel zu sein. (Beifall im Centrum.)

Minister Dr. v. Götler: Wenn ich in meiner amtlichen Eigenschaft die hier in Betracht kommenden Verhältnisse übersehe, so kann ich in keiner Weise die Meinung theilen, als ob durch das hier geplante Institut irgendwelche Aufgaben der Universitäten und technischen Hochschulen herabgedrückt werden könnten oder gar hervorragende Forscher, die an der Spitze dieser Anstalten stehen, raubend in ihrer wissenschaftlichen Thätigkeit, ihrer Wirksamkeit gehindert würden. Man hat nach den Ausführungen des Vorredners beinahe den Eindruck, als ob die Grenzen der Wissenschaft zu eng beschränkt, speziell die Naturwissenschaft zu eng umschrieben wäre, daß jemals Arbeitsmangel eintreten könnte. Im Gegentheil, jeder der Herren, mit denen ich die Sache erörtert habe, würde sich erleichtert und beglückt fühlen, wenn er die Sicherheit hätte, daß eine ganze Reihe von Aufgaben aus dem bisherigen Gebiet der Forschung herausgehoben werden könnte. Das ist nun selbstverständlich, daß diese Aufgaben, die dem neuen Institut gestellt werden, gewissermaßen faktuelle Natur haben, daß es Aufgaben sind, die in Beziehung auf einzelne Personen, auf Zeit, auf Geldmittel von den bisher vorhandenen Instituten naturgemäß nicht erfüllt werden können. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß auch das am besten ausgestattete Institut unter den jetzt bestehenden Verhältnissen nicht in der Lage ist, die hier gebachten Aufgaben zu übernehmen, welche sich über eine gewisse Zeit hinaus erstrecken, und welche gewisse elementare Vorbildungen haben. Ich darf in dieser Beziehung nur erinnern an das Moment der Erschütterungsfreiheit und der absoluten Temperaturgleichheit. Das ist so wichtig, daß die Ausführung solcher Aufgaben in Ziffern ausgedrückt in die Hunderttausende geht. Wir haben diese Erfahrung in den bisher bestehenden, mit geringen Mitteln ausgestatteten Instituten wiederholt machen können. Die in der Denkschrift genannten Aufgaben sind scheinbar so einfache, daß ein Laie kaum verstehen könnte, wie dazu so viel Forschung nötig wäre. So aber liegt die Sache nicht. Das, was wir brauchen, sind Naturgesetze, sind Formeln, mit denen die Wissenschaft weiter arbeiten und in ihrem weiteren Verlauf ihre großen Aufgaben lösen kann. Die Uebertragung der Naturwissenschaft in Formeln auf das praktische Leben vollzieht sich bei der eminenten Vorbildung, welche in weiten Kreisen Deutschlands besteht, verhältnismäßig leicht, aber vor allen Dingen muß der Substanz eine Formel der Wissenschaft, die ich in diesem Falle als Lehrwissenschaft bezeichnen möchte, an die Hand gegeben werden. Wichtig ist, daß alle Institute, mögen sie noch so althergebracht sein, als ihre erste Aufgabe die Lehrthätigkeit haben. Ich kann einen Experimentalphysiker auf die Dauer nicht von der Aufgabe entbinden, Experimentellphysik zu lehren. Es gehen aus diesen Instituten nicht bloß neue Forscher hervor, sondern auch neue Lehrer, und zwar in verschiedenen Abtheilungen von Lehrern, bis schließlich erst in der dritten Stufe derjenige Lehrer erscheint, der für die allgemeine naturwissenschaftliche Bildung selbst der unteren Volksschulen zu sorgen hat. Wenn man also die Sache von allen Seiten betrachtet, so kommt man freilich zu der Ueberzeugung, daß ein Reichsinstitut, wie es uns hier vorschwebt, keineswegs zu der Befürchtung Anlaß giebt, daß dadurch die Lehrthätigkeit an den bestehenden technischen Instituten leiden dürfte.

Dann möchte ich noch gleich einige Bedenken zerstreuen, welche der erste Redner bei der Vertretung seines Antrages hervorgehoben hat. Ich glaube, es ist ganz ungerechtfertigt, daß beide sogenannten Abtheilungen immer gewissermaßen als Gegenfasse, als von einander anorganisch getrennte Institute hingestellt worden sind. Schon die ganze Entwicklung muß darauf führen, daß beide Abtheilungen, um sie so zu nennen, in der innigsten Verbindung miteinander stehen und stehen müssen. Als vor ungefähr einem Jahrzehnt die Frage aufkam, ob dem unmittelbaren praktischen Bedürfnisse heraus, als unsere Meßkunst am Ende war mit den Mitteln, ihre großen Aufgaben zu lösen, weil die Technik außer Stande zu sein erklärte, mit dem vorhandenen Material irgend welche brauchbarere Instrumente zu fertigen, da glaubte man, daß wenn man eine technische Versuchsanstalt errichte, eine Konstruktions-, mit der Aufgabe, die Materialien zu prüfen und eine praktische Konstruktion derselben herzustellen, der nötige Anhaltspunkt gegeben sein würde. Man täuschte sich, und daraus entspringt die Nothwendigkeit, unmittelbar eine andere Abtheilung zu konstituieren, welche in der Lage war, wissenschaftliche Formeln den technischen Versuchsanstalten zu geben. Freiherr von Hertling hat selbst auf ein Institut hingewiesen, das an sich diese Erfahrung machte, auf die Normal-Messungskommission. Diese ist aemthigt gewesen, ihre wissenschaftlichen Unterlagen aus dem Auslande zu holen oder, um korrekt zu sein, aus einer internationalen Vereinigung, der internationalen Meterkonferenz, welche jetzt ihr großes Institut in Paris hat. Es fehlt eben an einer wissenschaftlichen Abtheilung für die Normalmessungskommission. Der Abg. Birkow hat Recht, wenn er darauf hinweist, daß solche Anstalten eben durch internationale Vereinigung geschaffen werden müssen, wenn nicht die Wissenschaft überhaupt leiden soll. Es ist schon hervorgehoben worden, daß wir bei der Glasfabrikation ganz dieselben Erfahrungen gemacht haben. Wenn die preussische Regierung für diesen Zweck besondere Mittel hergegeben hat, so konnte sie es ja nur thun, weil sie sicher war, daß die hier aufgestellte Aufgabe, ein einwandfreies Glas für wissenschaftliche Zwecke herzustellen, nicht bloß in Form der Rohrchen, sondern auch der Zylinder, nur gelöst werden könnte von wissenschaftlichen Forschern, welche dazu in höchster Weise befähigt sind. Wie vollzieht sich denn solche Arbeit? Doch nur dadurch, daß sich zunächst die wissenschaftliche Abtheilung bildet, indem die damit beauftragten Forscher theoretisch mit gewissen Experimenten an die Frage herantreten, und daß erst dann, wenn auf diese Weise vorgearbeitet ist, die zweite Abtheilung in Thätigkeit tritt und die technischen Institute mit der Ausführung gewisser Instrumente beauftragt werden. Solche Aufgaben, wie sie den Herren in Genua gestellt sind, und ähnliche sind nur möglich, wenn sie sich über einen bestimmten Zeitraum erstrecken. Ueber mehrere Jahre hinaus ist es schon erfahrungsmäßig unmöglich wegen der vielen Veränderungen, welche im Laufe der Zeit eintreten können, es verändern sich die Menschen, es verändern sich die Aufgaben. Selbst die untersten Grunduntersuchungen der Naturwissenschaft sind derartig, daß sie naturgemäß von Persönlichkeiten ge-

führt werden müssen, die nichts anderes zu thun haben, die aus ihrem Kreise womöglich gar nicht hinauskommen in Zeiträumen, die sich über Jahrzehnte hinaus erstrecken.

Nun sagt der Abg. Freiherr v. Hertling sehr richtig, wir haben die Erfahrung gemacht, daß die größten naturwissenschaftlichen Arbeiten erst dann im engen Rahmenlein mit geringen Mitteln. Das ist zweifellos richtig. Aber wenn wir die Konsequenz davon ziehen, dann würde es dahin kommen, daß auch die Einzelstaaten ihre großen naturwissenschaftlichen Institute zurückzuziehen und warten, bis unter Hungernoth und Leiden große Entdeckungen zu Tage kommen. Nun liegen aber die Verhältnisse thatsächlich jetzt anders. Die Entdeckung naturwissenschaftlicher Probleme oder vielmehr die Art und Weise dieser Entdeckung ist selbst bekanntlich ein Problem, worüber philosophisch angelegte Naturforscher einsehend gehandelt haben. Aber das steht fest, daß heutzutage große Probleme nur gelöst werden können auf Grund der großartigen Beschaffung zahlreicher wissenschaftlicher Einzelheiten. Das letzte Zusammenfassen dieser auf die praktische Seite gerichteten Erfahrungen ist in der That ein Prozeß, den wir, möchte ich sagen, schwer mit einem deutschen Wort bezeichnen können. Es ist eine Art Intuitionsprozess, über welchen sich der Forscher, wenn man ihn fragt, selbst nicht klar wird. Erst wenn das sogenannte naturwissenschaftliche Gesetz, dem zahllose Arbeiten vorausgegangen sind, in eine Formel festgelegt ist, dann beginnen die Kontrollarbeiten, und zwar mit einer Akribie, die und Zeitdauer, wie sie heute viel mehr als früher nötig ist. Es giebt sogar keine überlieferte Formel aus der Vorzeit, die heute einwandfrei wäre. Bei der Ausdehnung der Technik und den ungeheuren Summen, welche in den modernen technischen Konstruktionen angelagt sind, ist es absolut notwendig, so viel Sicherheit auf diesem Gebiete zu geben, als überhaupt möglich ist.

Dies Thema ist unerschöpflich. Aber auf eins möchte ich noch mit dem Abg. Birkow hinweisen, auf den deutschen Charakter der Frage, die uns hier beschäftigt. Es ist nicht allein die Rücksicht auf den Geschenkegeber und dessen Anerkennen, das ich so hoch wertschätze, wie nur einer im Hause, sondern auch die ganz naturgemäße Entwicklung der Sache. Wir bilden im Reich auf dem Gebiet der Wissenschaft, des Gewerbes und der Industrie doch einen einheitlichen Interessentenkreis. Es ist nicht zu verkennen, daß, wenn beispielsweise die preussische Regierung um die Grenzen ihres Landes in solchen Fragen sich wenig gekümmert hat, wir uns doch immer damit trösten müssen, es sind deutsche Brüder, welche den Vortheil davon haben. Vortheil hat von der Glasverbreiterung zunächst eine örtliche Anstalt in Jena, und wenn es gelingt, was zu hoffen ist nach den vorstehenden Erfahrungen, welche bisher errungen sind, Einigen zu konstruieren, die relativ sehr groß sind, wenn es gelingt, außer den zur Zeit noch in Gebrauch befindlichen Einheiten so große herzustellen, daß sie für die Astronomie verwendet werden können, dann werden es nicht etwa preussische Anstalten sein, welche den Vortheil davon haben, sondern zuerst die Münchener Anstalt, die heute ein großes Stück Geld ausgeben muß, um die Gläser aus dem Auslande zu beziehen, vielleicht auch die Hamburger Anstalt, aber keine preussische. Der ganze Ideen- und Interessentkreis, in dem wir uns bewegen, weist darauf hin, daß wir mit gutem Gewissen diese Schöpfungen an das deutsche Reich anknüpfen können. Es ist ja auch nicht das erste Mal, daß die für wissenschaftliche Zwecke große Ausgaben bewilligt haben. Ich erinnere an die Erforschung des Erdmagnetismus und die Beobachtung des Venusdurchganges. Das sind Aufgaben, die der Lösung der Partikularstaaten nicht möglich sind. Auch ist der Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen, daß ungeheure Betriebsverwaltungen im deutschen Reiches großes Interesse an der hier geplanten Anstalt haben, vorzugsweise die Telegraphie. Erhöhen großer Entwicklung entzieht sich doch immer noch unserer Kennung, was noch überhaupt auf diesem Gebiete zu leisten ist. Die unterste Grundlage der elektrischen Wissenschaft ist noch so gut wie gar nicht gegeben, wenigstens nicht mit Sicherheit.

Alle meine Ausführungen konnten nur das Interesse haben, die Begehrnisse des Freiherrn v. Hertling zu mildern. So bin ich sehr überzeugt, bei ruhigerem Nachdenken wird es keinen deutschen Forscher geben, der irgendwie bekümmert sein sollte, nicht mit derselben Freiheit zu forschen, wie vorher. Ein jeder wird einsehen, daß diese Anstalt kein Hemmnis, sondern eher eine Förderung auf seinem Forschungsgebiete sein wird. Von meinem Standpunkt aus bitte ich Sie also, den Antrag der Regierung, event. den Antrag des Abg. Schröder anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Kalle (nl.): Auch wir sind überzeugt, daß das geplante Institut seine großartigen Aufgaben nur erledigen kann, wenn beide Abtheilungen desselben nebeneinander bestehen. Der Abg. Schröder hat dies bereits ausgeführt, und ich möchte dies noch an einigen speziellen Fällen zeigen. So, wenn es sich darum handelt, Instrumente herzustellen, deren Konstruktion auch noch nicht einmal in ihren Prinzipien feststeht, wie bei Instrumenten zur Ausbreitung ausbreitender Gas- und Wasserströmen. Da wird die technische Ausführung der Abtheilung die Unterstützung der wissenschaftlichen Abtheilung durchaus nicht missen können. Es werden heutzutage eben nicht mehr Erfindungen auf dieselbe Art gemacht wie in älterer Zeit. Heute bedarf es langer Experimente, heute ist jede Erfindung der Erfolge eines langen, zielbewussten Strebens, wie sich an vielen Beispielen zeigen läßt. Darum müssen wir für die Reichsanstalt eintreten, nicht bloß der Ehre des deutschen Reiches wegen, sondern auch zum Nutzen großer Kreise unserer Industrie. Ist man aber von der nationalen Bedeutung der Anstalt überzeugt, so giebt es daraus auch die Konsequenz, daß die Sache des Reiches, nicht eines Einzelstaates sein muß. Ich bitte Sie daher dringend, dem Antrag des Abg. Schröder Ihre Zustimmung zu geben.

Die Diskussion wird geschlossen. In persönlicher Bemerkung erklärt

Abg. Gelfer: Wenn der Abgeordnete von Hertling es bekräftigt, daß die Instrumenten der Naturwissenschaft seitlich anerkennen, so könne er kaum zwei Gelehrte, welche die katholische Kirche nicht als Reker verfolgt und verbannt habe. (Anrufe im Centrum.)

Hierauf wird der Antrag des Abg. von Hertling auf Rückverweisung des Antrags Schröder an die Kommission gegen die gelehrte, der Antrag des Abg. Schröder in allen seinen Punkten angenommen. Dafür stimmen die Freireisenden, National Liberalen und ein Theil der Konservativen und Sozialdemokraten.

Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Kap. 6 enthält die Besoldungen der Gesandtschaften, Konsulate und der Beamten in den Schutzgebieten.

Bei Lit. 82 Konsulat in Petersburg bemerkt

Abg. Dr. Hornig: Ich muß zu diesem Titel eine Frage zur Sprache bringen, nämlich die der Vollstreckbarkeit der im Auslande erlassenen gerichtlichen Erkenntnisse. Wir stehen in dieser Beziehung mit unseren Nachbarstaaten zum Theil im Vertragsverhältnisse der Wechselvollstreckung, und die juristische Literatur ist darüber einflussreich, daß eine solche Wechselvollstreckung höchst wünschenswert ist. In Russland wird nun neuerdings regelmäßig abgelehnt, ein hier erlassenes Erkenntnis zu vollstrecken. Ich habe mich kürzlich in einem derartigen Falle an das Konsulat in Petersburg gewendet, und dieses hat eine ausführliche und klare, aber wenig sachliche Antwort gegeben, deren Inhalt mir zu meiner Beschwerde Anlaß giebt. (Redner verliest diese Antwort.) Nicht besser sind die Verhältnisse in Belgien auf das Königreich Polen, und es bleibt schließlich unseren Kaufleuten nichts übrig, als von Prozessen in solchen Fällen zurückzutreten und die Forderung in den Schiedsrichtern zu schreiben. Es liegt auf der Hand, daß hier die wechselseitige Vollstreckung von höchstem Werthe wäre, und daß jetzt niemand auf das letzte Hilfsmittel zur Vertheilung seiner Forderung, auf den Prozeßweg, verzichten kann, weil das höchste Gericht, der Kassationshof, entschieden hat, daß den Gerichten darin keine Vorschriften zu machen sind. Bei dieser Sachlage und bei der Freundschaft, die zwischen beiden Staaten besteht, erscheint es mir angemessen, anzufordern, ob nicht seitens des auswärtigen Amtes eine Besserung herbeigeführt werden könnte, die unserem auswärtigen Handel sehr förderlich sein würde.

In einem anderen Falle, über den ich Beschwerde zu führen habe, handelt es sich um eine andere Frage, die aber auch für die kaufmännischen Kreise von höchster Bedeutung ist, nämlich die

Langsamkeit der Abrechnung. Ecco-Wechselkassen sind wir, an eine beschleunigte Abrechnung gewöhnt, aber diese Frage, über welche ich spreche, ist im Jahre 1882 eingebracht. In erster Instanz hat der Kläger geiegt, aber seitdem liegt die Sache ununterbrochen beim Appellationsgericht zu Warschau. Der Kläger hat sich darüber beschwert, aber das Gericht hat erklärt, es könne sich nicht gefällig lassen, daß ihm Vorschriften gemacht würden. Endlich fügte das Gericht materiell hinzu, daß bei der großen Anzahl von Bandgerichten, denen nur ein einziges Appellationsgericht gegenüberstehe, der regelmäßige Verlauf einer Sache in der Appellationsinstanz zwei Jahre dauere. Es sind aber seitdem vier Jahre vergangen in der Zwischeninstanz und der Kläger muß sich damit trösten, daß seine Sache vielleicht doch noch einmal zur Sprache kommen wird. Es ist dies eine Angelegenheit, die man nicht gut berühren kann, ohne daß es den Schein annimmt, daß man das Prozeßverfahren des Nachbarlandes kritisieren und beeinflussen wolle. Aber vielleicht ist es doch möglich, eine Abhilfe zu schaffen und das möchte ich anregen.

Staatssekretär im auswärtigen Amt Graf von Marnett: Der Abg. Hornig hat den Sachverhalt bereits hinreichend dargestellt, so daß ein paar Worte darüber genügen. Wegen die angelegene Forderung des russischen Kassationshofs läßt sich wohl nichts machen. Der Vorredner hat selbst bemerkt, daß eben ein Vertragsverhältnis über gegenseitige Vollstreckung mit Russland nicht besteht, und die Sache stellt sich jetzt so dar, daß auch russische Erkenntnisse bei uns nicht vollstreckbar sind. Ein Gegenseitigkeitsvertraut mag ja nützlich sein, aber die Sache hat doch auch ihre zwei Seiten, wenn wir uns verpflichten sollten, alle Urtheile der russischen Gerichte bei uns zu vollstrecken. — Was dann die andere Angelegenheit betrifft wegen des Appellationsgerichts in Warschau, so können wir auf Ungehörigkeiten gewiß auf diplomatischem Wege eine Einwirkung ausüben, aber wir können auch nichts weiter thun, als den Weg freundschaftlicher Beziehungen betreten, um die Interessen von Reichsangehörigen wahrzunehmen.

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Kaiser beantragt, die in Lit. 103—105 ausgeworfenen Summen von 60 000 Mk., 29 100 Mk. und 29 100 Mk., insgesammt 118 800 Mk. für Besoldungen der Beamten in den Schutzgebieten zu freieren. Ferner beantragt derselbe, in Kap. 2 des einmaligen Ausgaben den Lit. 4, „Zuschuß zur Beirteilung der Verwaltungsausgaben in den Schutzgebieten Kamerun und Togo, sowie im südwestafrikanischen Schutzgebiet 85 000 Mk.“ zu freieren.

Zu dem letzteren Titel liegt ferner der Antrag der Budgetkommission vor, folgende Resolution anzunehmen:

Den Herrn Reichsfinanzminister zu ersuchen, zukünftig und zum ersten Male im Etat für das Etatsjahr 1888/89 die Einnahmen, die sich aus den Schutzgebieten ergeben, ersichtlich zu machen.

Referent Abg. v. Strombeck berichtet über die in der Kommission über diese Postionen gepflogenen Verhandlungen. Es war dort der Antrag gestellt, die geforderten Summen zu freieren und nur wie im vergangenen Jahre ein Zuschussquantum zu bewilligen, doch wurde dieser Antrag später wieder zurückgezogen. Zu einer materiellen Erörterung der Rechtsfrage kam es nicht, in dieselbe konnte auch nicht eingetreten werden. Die hierzu gestellte Resolution soll der Entscheidung der Frage aus keinemwegs vorgreifen, eine solche vielmehr nur vorbereiten.

Abg. Kaiser (Soz. Dem.): Die Gefahr liegt nahe, und die Verlockung ist auch groß, hier auf eine Erörterung der Kolonialpolitik einzugehen, in Rücksicht jedoch auf die ganze Geschäftslage widerstehe ich dieser Versuchung. Was die Ausgaben angeht, so bin ich gar kein grundsätzlicher Gegner der Kolonialpolitik von Haus aus gewesen. Man hatte uns vor nicht langer Zeit für Erfolge versprochen, die Kolonialität des Handels und der Industrie sollte dadurch befördert und große Absatzgebiete erschlossen werden. Man hat uns erzählt, daß selbst für alte Berliner Droschken ein besonderes Absatzgebiet gefunden sei. (Lachen.) Heute könnte man diese Dinge etwas kritischer darstellen, so groß war damals der Vortheil dargestellt, der uns erwachsen sollte; der Herr Reichsfinanzminister sprach damals sogar von „königlichen Kaufleuten“, denen wir womöglich monachische Berechnung schuldeten, die dort ihre Faktoreien haben. Jahre sind darüber hingegangen, und wenn auch in der Kommission einer der Regierungskommissare ein überaus rosiges Bild entwarf, das ein Mitglied der Kommission bezeichnet hat als „Robinsonade“, — ich wiederhole dies — als „Robinsonade“, so ist doch all das Berprophete nicht eingetroffen, Erfolge haben wir bis heute nicht gehabt. Daher stehen wir auf dem Standpunkte, wir wollen kein Geld bewilligen, bevor wir nicht sehen, welche Vortheile für die deutsche Nation hier entstehen oder entstanden sind. Ich halte es für ganz unnützlich, daß man die deutsche Bevölkerung mit solchen ziemlich hohen Ausgaben belastet, um so mehr, da im Extrabudget noch andere Summen stehen, welche für die Marine, beziehungsweise die Küstung der Küsten u. s. w. ausgegeben werden sollen und welche nicht gerade den Beweis dafür geliefert haben, daß wir in Deutschland im Stande sind, diese Küsten zu kultivieren. Ein evangelischer Missionar hat Ihnen ja selbst mahnend sagen müssen, doch an den Strampelpetters zu denken: „Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er nicht so viel wie Ihr?“ Sie glauben immer mit Mitteln der Gewalt besser fortzukommen, durch Marine-Expeditionen und Beamte. Ich und meine Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß die Herren Kaufleute die Kosten selbst tragen sollten, ebenso wie die einzelnen Bundesstaaten doch auch nicht verlangen dürfen, daß das Reich ihre Beamten bezahlt. Die Leute sind ja „Räuber“ unter der Sonne, welche ausrauben können! Es giebt ja auch arroke Patrioten, welche die Sache durch Aktien einleiten könnten, es wäre ganz schön, einmal zu sehen, ob und wie ein Staat auf Aktien geleitet werden könnte. Nach dem allgemeinen Stande der Finanzen rechtfertigt sich eine Bewilligung also nicht. Beste Gehälter würden zudem auch die Verpflichtung zur späteren Zahlung von Pensionen involvieren; angesehen davon geben die Beamten ähnlich wie die Kaufleute auf eigene Rechnung und Gefahr hinüber, das deutsche Volk ist doch dazu nicht da, solche Personen zu verpflegen, für die man hier im Lande keine Rücksicht hat. Ich bitte Sie daher in Gemüthsbezug meines Antrages, die geforderten Summen nicht zu bewilligen.

Abg. Dr. Damberger (Dir.): Der Herr Vorredner hat manches gesagt, dem ich unbedingt zustimmen kann; für die Behandlung dieser Sache ist wohl heute nicht der geeignete Moment, und die gegenwärtige Stimmung ansehnlich der Beratung der Mittelverlage in nächster Woche läßt es wohl erklürlich erscheinen, daß für eine jetzt so wichtige Sache nicht die nötige Präsenz im Hause vorhanden ist. Ich stimme dem Herrn Vorredner darin bei, wenn er sich heute nicht auf eine ausführliche Charakteristik der Kolonialpolitik einlassen zu lassen glaubte. Ich will seinem Beispiel folgen und es ist erklürlich, daß, wenn ich mich an dieser Debatte ohne vorherige Absicht betheilige, ich keine Disposition diesem Titel entgegengehe. Ich fühle mich zwar auch heute nicht veranlaßt, unserer deutschen Kolonialpolitik zuzustimmen, ich bin ihr von der ersten Minute an aus tiefster Seele entzogen, leider nicht mit Zustimmung aller Mitglieder meiner eigenen Partei, da bei einigen nicht die entscheidende Ueberzeugung von der gänzlichen Nichtigkeit der Kolonialbestrebungen herrscht; der negierende Standpunkt in dieser Politik ist durchaus nicht neu; schon in der Mitte der siebziger Jahre war das die Anschauung aller Gebildeten in Deutschland. Es wurde allgemein gesagt, daß es Deutschlands Beruf nicht sei, Kolonialpolitik zu treiben, und wenn Sie die Literatur darüber bis zum Jahre 1870 verfolgen, so werden Sie finden, daß mit Ausnahme einiger Kolonialwärmer, die öffentliche Meinung dieses Urtheil fällte, daß es Deutschlands Beruf nicht sei, seine Eroberungen in überseeischen Ländern zu machen, sondern es dem deutschen Handel zu überlassen, seine überseeischen Beziehungen auf kaufmännische Weise zu regeln. So war es bis zur Zeit der Samoa-Unternehmungen, da wurde die öffentliche Meinung plötzlich umgekrempelt. Ich will allerdings es nicht für einen Vorwurf erklären, wenn man seine Meinung ändert; aber ich bin meiner früheren Meinung darin treu geblieben und alle bisherigen Resultate haben mich darin bestätigt, daß die jetzigen Kolonialbestrebungen in das Nichts zurückfallen und daß sie daselbst Schaden wie alle überseeischen Kolonialbestrebungen Deutschlands haben werden. Das waren alles Kolonialträume, die in das Meer der Unmöglichkeit gefallen sind. Hoffentlich werden wir, die wir in jüngeren Jahren sind, das auch mit den neuen Unternehmungen so erleben.



Das hat aber nichts damit zu thun, daß wir und heute gegen den vorliegenden Posten nicht ablehnend verhalten, wie wir auch im vorigen Jahre für das Gebühre für den Gouverneur in Kamerun 50 000 Mk. bewilligt haben. Wir können die Konsequenzen unserer Politik nicht vollständig aus unseren persönlichen Anschauungen, sondern nur aus der Solidarität der Reichsgelegenheit ziehen. Wenn wir an gewisser Stelle Einrichtungen im Namen des Reichs vorgenommen haben, so können wir uns nicht der Verpflichtung entziehen, sie so durchzuführen, wie sie ursprünglich vorgesehen sind. Ich habe auch nicht die Gewohnheit, mich selbständigen Fällen entgegenzustellen. Ich konnte seiner Zeit nicht leugnen, daß eine gewisse günstige Stimmung für die Kolonialpolitik in Deutschland emporgezogen war, und wir müssen mit dieser Tatsache rechnen; ich leugne nicht, daß vor einigen Jahren in sehr großen Kreisen eine Art Schwärmerei für Kolonialpolitik herrschte. Ich will jedoch nicht behaupten, daß die ganze Nation jetzt schon durchaus kurirt ist, die Gelehrten sind aber viel ruhiger geworden und auch wir können hier in ganz unbegrenzter Weise darüber sprechen. Wenn aber die Dinge so weiter gehen, werden die Kolonialschwärmer bald auf dem Aussterbeplatze stehen. Diesen Gesundheitsprozeß der öffentlichen Meinung möchte ich durchaus nicht unterbrechen, und ich habe die 100 000 Mark oder 200 000 Mark jährlicher Ausgaben für die Kolonien durchaus nicht für schlecht angewandtes Geld, wenn das deutsche Volk dadurch am lebendigen Leibe erfährt, was hinter diesen Kolonial-Unternehmungen ist. Mögen alle Schmeicheleien und Schmeicheleien, deren Schmeichelei, die sonst nicht anzunehmende waren, auf vortheilhafte Anstellungen in den Kolonien rechnen, mögen alle Lehrer, welche hier keine Anstellungen finden konnten und hoffen, in Südamerika als Lehrer der Neger angestellt zu werden, mögen alle diese Kolonialschwärmer diese Erfahrung machen. Diese Lektion muß das deutsche Volk durchmachen, und bei dem gedehnten Verlauf, den die Dinge wieder genommen haben, habe ich auch die schärfste Hoffnung, daß wir in den nächsten Jahren dieses Ziel erreichen.

Zusätzlich möchte ich auf eine Frage aufmerksam machen, welche in der Kommission wohl nicht in Erwägung gezogen worden ist. Selbst in unserer Fraktion ist es gerade jetzt nicht möglich gewesen, über diese Frage so ausführlich zu verhandeln, wie sonst. Deshalb will ich auch diesmal sieben gerade sein lassen und den Posten bewilligen, wenn ich's auch nicht mit gutem Gewissen verantworten kann. Ich will besonders die Frage berücksichtigen, welches das Schicksal unserer „Musterkolonie“ Angola Bequena gewesen ist. Wenn diese Frage in der Kommission nicht berücksichtigt sein sollte, so dürfte es doch nicht unpassend sein, auf die Zustände dieser Kolonie aufmerksam zu machen und zwar an der Hand der obersten Stellen und alleruntergeordneten Beamten, besonders des Geschäftsberichts, den der Verwaltungsrath der Angola Bequena-Gesellschaft seinen Aktionären erstattet hat. Angola Bequena oder Enderburg ist ja der Ausgangspunkt unserer namentlich Kolonialerwerbungen gewesen, zu der Zeit, als Herr Lüderitz dem Reichsfiskus das Land anbot. Der Bericht der deutsch-afrikanischen Gesellschaft besagt nun Folgendes: Das Anlagekapital beträgt 800 000 Mk. und wurde später noch erhöht. Von demselben wurden 500 000 Mk. für Enderburg bezahlt. Ueber den Rest ist gesagt worden, daß er als angemessen angenommen werden müsse, weil nach den Versicherungen des Verkäufers diese Summe nur die Kosten für die Unternehmung und Erwerbung des Landes bedeute. Was die Verhältnisse im Lande betrifft, so ist der einzige Strom, der zum Meere geht, unerschöpfbar. Er bewegt sich in starken Strömungen zwischen Felsen hindurch, die meisten anderen Flüsse erreichen nur selten das Meer. Nun erinnern Sie sich, daß namentlich die Bergwerke und die Ausbeutung wertvoller Metalle in der Phantasie der Kolonialschwärmer eine Rolle spielt. Wir finden in Europa immer Leute, die an die reichen Goldminen glauben, so hat auch bei der Kolonialpolitik der Glaube an die Metallschätze sein Recht gefunden. Der Geschäftsbericht sagt nun hierüber: Bezüglich des Vorkommens von Mineralien haben die Untersuchungen zu keinem bemerkbaren Resultat geführt. In Anbetracht der hohen Transportkosten und der niedrigen Preise wäre ein Abbau mit sicherem Verlust verbunden. Ein Trinkwasser ist großer Mangel, die wenigen Flüsse führen nur zur Regenerik Wasser und die wenigen bekannten Wasserläufe sind salzhaltig. Die Bevölkerung ist sehr dünn gesät, und Menschen würde nur in ganz beschränkter Weise zu treiben sein. Mit der Viehzucht steht es ebenso an. Der Abzug von Vieh ist gegenwärtig kaum durchführbar, da der Transport auf den wasserlosen Straßen schwierig ist. Gebaute Straßen für den Handelsverkehr sind nicht vorhanden, die mit 16—18 Ochsen bespannten Wagen verfolgen die Richtung, wo Wasser für die Thiere vorhanden ist. So ist der Zustand des Landes, wie er von den Besitzern geschildert wird. In solchen Verhältnissen kommt also dieses glänzende erste Kolonialprojekt, welches mit Tausen und Tausenden seiner Zeit in Szene gesetzt worden ist. Die Finanzlage resumirt der Geschäftsbericht dahin: Keine Einnahmen, nur Ausgaben! 300 000 Mk. seien noch vorhanden, und diese sind in preussischen Konfols angelegt (Heiterkeit). Möchten alle Kolonialunternehmungen ein solches Schicksal haben!

Ich bin der Meinung, daß ohne besonderen Grund wir den ruhigen Fortgang der Dinge nicht zu stören brauchen. Ich finde, daß es schon an und für sich grausam genug ist, wenn wir die Beantworte zwingen, draußen hinaus zu gehen und ihr gutes Leben hier gegenüber einem schmerzlichen Dasein zu verlassen. Meiner Ansicht nach kann man die Leute nicht gut genug bezahlen, da es der Europäer dort im Allgemeinen gar nicht länger als zwei Jahre aushalten kann, und wenn wir diesen Leute Pensionen bezahlen wollen, dann müßte ich nicht, wenn wir sie geben sollten. Ich glaube auch nicht, daß diese Leute dem Reichsfiskus schwer zur Last fallen werden, denn diese armen Leute haben gerade keinen Wagh auf Langzeitigkeit. Daran möge Herr Kapler sehen, daß es keine Schwachmützigkeit ist, wenn wir hier den Vorschlägen der Kommission zustimmen. (Beifall links.)

Referent Abg. v. Strombeck bemerkt, daß er, da die Mehrforderungen für die Konsulate in der Budgetkommission eingehende Würdigung gefunden, keine Veranlassung habe, noch näher hier darauf einzugehen.

Unter Ablehnung des Antrages des Abg. Kapler werden die Beschlüsse der Beantworte in den Schutzgebieten, ebenso die hierher gehörigen Posten des Extraordinariums bewilligt, die Resolution wird angenommen.

Zu den „Allgemeinen Fonds“ bezieht sich ein Posten von 48 000 Mk. „Zu geheimen Ausgaben.“

Abg. Kapler beantragte, diese Posten zu streichen. Die Reichsregierung habe sich trotz des in der Kommission ausgesprochenen Mißtrauens nicht dazu verstanden, Mißtrauen über die Verwendung der Summe anzugeben, und da hinter Geheimnissen entweder gar nichts oder Schandthaten stecke, so seien er und seine Freunde gegen die Bewilligung.

Abg. Frhr. v. Malsb. hält befürwortet demgegenüber die anstandslos Bewilligung. Bei Dispositionsfonds sei es wohl üblich und hergebracht, die Ausgaben näher anzugeben, nicht aber bei geheimen Fonds. Ueberdies sei der Betrag in Rücksicht auf gleiche Posten in den Etats anderer Länder gar nicht so erheblich.

Der Posten wird bewilligt.

In Art. 6 der allgemeinen Fonds werden zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande und anderer zu gemeinnützigen Zwecken im Auslande bestehender vaterländischer Unternehmungen 20 000 Mk. gefordert.

Abg. Dr. von Cuny beantragte, daß durch die Vermehrung der Auswanderung und derjenigen Institute, welche aus diesen Fonds Beihilfe erwarten, die einzelnen Unterstützungssummen sich von Jahr zu Jahr verringern und bittet die Reichsregierung darauf Bedacht zu nehmen, den steigenden Bedürfnissen womöglich nachzukommen.

Abg. Windthorst ist der Ansicht, daß, so lange noch im Innern Deutschlands ein starkes Bedürfnis bestehe, die Schulen zu unterstützen, die Ausgaben für deutsche Schulen im Auslande nicht erhöht werden dürfen. Außerdem müsse er doch erst bestimmte Angaben hören, bevor er zu Mehrbewilligungen sich verstehen könne. Abg. v. Cuny nennt die deutsche Schule in Konstantinopel, für welche die Herabminderung des regierungsförmig gewährten Zuschusses von 15 auf 12 000 Mark von großer Bedeutung wäre. Man solle doch nicht unterschätzen, daß bei ungenügender Unter-

stützung die deutschen Auswanderer für das Heimatland verloren gehen und anderen Nationalitäten zufallen.

Abg. Windthorst verlangt dem gegenüber zum Mindesten erst eine Erklärung der Regierung über den ganzen Dispositionsplan der Vertheilung des in Rede stehenden Fonds.

Abg. Dr. Hamacher konstatiert, daß die Regierung in der Kommission bereitwillig Auskunft erteilt habe.

Direktor im Auswärtigen Amt Hellwig: Die Schule in Konstantinopel hat allerdings vor einer Reihe von Jahren 15 000 Mark Subvention erhalten, dann ist sie herabgesetzt worden auf 12 000 Mk. im vorigen Jahre auf 9000 Mk. Dieser Betrag ist auch dieses Jahr gewährt worden, weil die Regierung der Anerkennung ist, daß dieser Zuschuß für die Schule den Verhältnissen angemessen ist.

Der Titel wird bewilligt.

Tit. 2 der einmaligen Ausgaben lautet: „Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten Bestrebungen 150 000 Mk.“

Dr. Windthorst: Die hier geforderte Summe ist seiner Zeit zum ersten Mal in den Etat eingestellt worden, als durch Gründung der Deutschen afrikanischen Gesellschaft die Unternehmungen in wirtschaftlichem Sinn für Afrika in größerem Umfang aufgenommen wurden. Die afrikanische Gesellschaft hat dort in der That sehr großes geleistet, und der verhältniß große weisse Fleck auf der Karte von Afrika zeigt uns nun ein reich bedecktes Feld. Die Summe wurde meist der afrikanischen Gesellschaft für ihre Unternehmungen in die Hand gegeben, und es war dies ganz dem Etat entsprechend. Dann sagte man, es muß ja nicht bloß Afrika sein, es können auch andere Dinge gethan werden. Ich kann aber konstatieren, daß im verflochtenen Statistat die afrikanische Gesellschaft aus diesem Fond auch nicht einen Pfennig erhalten hat. Die Folge davon ist, daß die afrikanische Gesellschaft ihre Unternehmungen allmählich hat gänzlich einstellen müssen. Sogar diejenigen Reisenden, die draußen waren, hat sie zurückberufen müssen, und wenn Robert Riegel gebrachten Hergens in Lagos sein thatenreiches Leben hat schließen müssen, so kann ich wohl sagen, es ist nicht zum geringsten Theil deshalb geschehen, weil das Vaterland ihn im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen hat. (Hört! hört! Bewegung.) Es wird mir schwer, das zu sagen, aber die Veranschlagung, welche der afrikanischen Gesellschaft zu Theil geworden ist bei einer Statistat, die eigentlich doch für sie eingeführt wurde, erfordert doch mehr Aufklärungen, als in der Budgetkommission gegeben sind. Man hätte doch fragen müssen, was hat die Reichsregierung mit diesem Gelde im Etat-Jahre gemacht? Wo es heißt: „Aufschließung Centralafrikas und anderer Länder“, kann man doch nicht ganz von Afrika absehen. Man kann doch nicht nur an den Küsten arbeiten, und wenn etwas aus Afrika werden soll, so kann es doch nicht von den Küsten aus geschehen, sondern nur von Centralafrika. Meint aber die Regierung, daß die afrikanische Gesellschaft gar nichts nicht mit dieser Sache zu thun hat, dann wäre es dankenswerth, wenn wenigstens eine offene Erklärung darüber gegeben würde. Denn die afrikanische Gesellschaft, die sonst ihre Mittel hauptsächlich von den deutschen geographischen Gesellschaften bezieht, die doch vornehmlich für wissenschaftliche Zwecke bestimmt ist, ist jetzt genöthigt, einen theuren Sekretär zu halten und der Kunde exportiert werden. Ist eine genügende Auskunft im Augenblicke nicht möglich, so beantrage ich hiermit, diesen Titel in die Budgetkommission zurückzuverweisen, behufs Erlangung von Auskunft über die bisherige Verwendung des Geldes.

Geb. Legationsrath Dr. Krauel: Die Verwendung dieses Fonds hat sowohl für das laufende Etatsjahr, wie für das vergangene und zukünftige im Einvernehmen nach vorhergegangener Befragung der afrikanischen Gesellschaft stattgefunden. (Hört! hört!) Wir hatten stets den Grund, daß diese Summen vorzugsweise zur Erschließung Afrikas bestimmt sind und haben uns daher stets des Einvernehmens der deutschen afrikanischen Gesellschaft bedient. Diese hat selbst geglaubt, daß die Zeit der früheren Expeditionen, wo man versuchte, von allen Seiten in Afrika einzudringen, vorüber sei, und daß man jetzt kleinere Expeditionen vornehmen und eine planmäßige Erschließung Afrikas versuchen müßte. Von diesem Grundlage aus hat gerade die afrikanische Gesellschaft die Errichtung einer permanenten wissenschaftlichen Station angeregt. Mit Rücksicht auf diese permanente wissenschaftliche Station haben wir uns veranlaßt gesehen, für das kommende Etatsjahr 150 000 Mark zu fordern. Ueber die Verwendung der Summe im laufenden Etatsjahr kann ich keine abschließenden Mittheilungen machen, weil die Rechnungen noch nicht vorliegen. Der größte Theil der Summe wird hauptsächlich dazu verwendet werden, einen fahrgewandten Dampfer zu erbaue, welcher nach den Erklärungen der Gesellschaft für die Zwecke der Erschließung Afrikas durchaus notwendig ist. Was dann die Erschließung Zentralafrikas betrifft, so befindet sich der Doktor Rintop jetzt in Kamerun, allerdings an der Küste, weil man nicht gut im Innern anfangen kann. Ich glaube also, daß die afrikanische Gesellschaft nicht vernachlässigt worden ist.

Abg. Dr. Windthorst: Ich kann demgegenüber nur bezeugen, daß die afrikanische Gesellschaft von der Verwendung dieser Summe im vergangenen Jahre keine Kenntnis hat. Ob der Reichstag sich nun für unterrichtet hält, muß ich ihm anheimgelassen. Wenn die afrikanische Gesellschaft nur einmal befragt wird, so braucht sie dazu keine große Organisation zu haben und kann sich auf die einfachsten Verhältnisse zurückziehen. Ich will nicht den Verdacht aussprechen, daß das Geld nach Afrika gegangen ist, aber es würde mir doch große Beruhigung sein zu hören, daß das nicht geschehen ist.

Geb. Legationsrath Krauel: Nach Ostafrika ist im laufenden Jahre Etatsjahr kein Pfennig gegangen. Nach der Rechnung, die mir hier vorliegt, sind im Jahre 1885/86 auf Antrag der afrikanischen Gesellschaft allerdings Expeditionen nach Westafrika gegangen, welche die Summe von 87 000 Mk. betroffen haben.

Dem Antrag des Abg. Dr. Windthorst entsprechend wird darauf der Titel an die Budgetkommission zurückgewiesen.

Der Rest des Etats wird genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Kleinere Sachen; Etat des Reichsfiskusamts.)

Schluß 5½ Uhr.

Stalieu.

Rom, 4. Januar. Der Tod Minghetti's, so sehr er anscheinend von Depretis beklagt wird, hat die parlamentarische Lage des Ministeriums wesentlich gebessert. So lange Minghetti lebte, sah die ehemalige Rechte noch immer den Mann, der mit oder ohne Depretis sie eines Tages wieder in den Besitz der Regierungsgewalt bringen konnte. Seit er jedoch todt ist, verschwand diese Hoffnung und es erübrigt ihr schließendlich nichts, als sich an Depretis anzuklammern und ihn unbedingt zu unterstützen, um es der Opposition unmöglich zu machen, zur Regierung zu kommen. Die geistig bedeutendsten Männer der Rechten, welche, wie Spaventa, Rudini, Bonghi u. s. w. die feste Stütze Minghetti's waren, haben sich allerdings im Laufe der letzten Jahre, d. h. seit dem Connubio Minghetti's mit Depretis, von ihrem ehemaligen Führer losgelöst und als Dissidenten Depretis und seine innere Politik energisch und hartnäckig bekämpft. Aber diese Männer, so hoch auch ihr politisches Ansehen sein mag, besitzen keinen zahlreichen parlamentarischen Anhang und sind daher als Generale ohne Armees für Depretis keineswegs gefährlich, der sich nur um die Quantität der Stimmen, nicht aber um die Qualität der Abstimmenten bekümmert und sich damit über die Opposition jener Optimaten leicht trostet.

Der Neujahrsempfang bei Hofe entehrte diesmal jedes politischen Charakters, so daß es scheint, der König habe absichtlich jedes Wort vermieden, aus welchem man auf seine Ansicht über die augenblickliche europäische Lage Schlüsse ziehen könnte. Der brüste Austritt Rod. Randolph Churchill's aus dem Tory-Kabinet hat in diese Lage ein noch unbekanntes Element gebracht, welches alle bisherigen politischen Kombinationen über den Haufen werfen könnte, denn wer auch sein Am-

folger sein mag, so wird die kriegslustige Politik des fortwährenden Mißtrauens die Probe einer neuen Parlamentswahl wohl kaum bestehen können. War es auch bei dem Hofe der Engländer gegen das keltische Element in Irland möglich, bei den letzten Parlamentswahlen das Ministerium Gladstone zu stützen, so ist nahezu als gewiß anzunehmen, daß die ungeheure Majorität der englischen Nation, wenn an sie bei den Neuwahlen die Frage gestellt wird, ob sie eine friedliche oder eine kriegslustige Politik wolle, sich unbedingt für den Frieden aussprechen und die orientalische Abenteuerlust der Tories für lange Zeit ins Grab legen würde. Den hochfliegenden Plänen einer Allianz zwischen England, Oesterreich und Italien zu Hinzubringen englischer politischer und Handelsinteressen ist also im Augenblick ein mächtiger Dämpfer angeblasen, und die Italiener wären die letzten, sich über diese Wendung zu beklagen.

Der italienische Kronprinz wird eine Reise nach Aegypten und Palästina unternehmen, deren Dauer auf etwa drei Monate berechnet ist. Man wird hierin wohl ein Anzeichen erblicken dürfen, daß die Situation wenigstens für diesen Zeitabschnitt die Gefahren einer internationalen Komplikation nicht besorgen lasse.

Aus dem Reich und den Provinzen.

Schlesien, 6. Januar. Die Herren von Zastrow, Hauptmann und Kompaniechef im 1. schlesischen Jäger-Bataillon Nr. 5 und von Gansauge, Secondelieutenant in demselben Bataillon, sind beauftragt worden, die ruhmreiche Geschichte des Bataillons zu schreiben. Da das vorhandene Aktenmaterial nicht genügt, so hat ein für Instruktionszwecke und augereichte Kellere in gleicher Weise geeignetes Werk zu schaffen, so ergreift an die ehemaligen Angehörigen des Bataillons die Bitte, mit beitragen zu wollen zum Gelingen des Unternehmens, und interessante Episoden und Ereignisse aus Krieg- und Friedenszeiten baldigst zur Kenntniss eines der genannten Herren zu bringen oder etwa geführte Tagebücher aus der Militärgeschichte auf kurze Zeit leihweise zur Disposition zu stellen.

Aus Schlesien, 6. Januar. Die in Breslau erscheinende „Kathol. Zeitschrift“ läßt sich aus dem Kreise Deutscher berichten: „Mehrere Lehrer des hiesigen Kreises haben seit einer Reihe von Jahren ein etwas größeres Gehalt ausbezahlt bekommen, als ihnen eigentlich zukam. Diese wurden nunmehr aufgefordert, die überschüssige Summe zurückzahlen. Auf die Vertheilung, eine Lehrerfamilie könne von 900 Mk. Gehalt nur nothwendig existieren (von 240 Mk. vierteljährlichem Gehalt wurden dem Hauptlehrer J. in B. 100 Mk. abgezogen) erklärte der Herr Landrathsvorstand Herr Dr. Gromm, daß ein Lehrer mit möglicher Familie — schon mit 800 Mk. Gehalt sehr wohl auskommen könne, wenn er sich nur darnach einzurichten bestrebe. Es sei nicht möglich, daß der Lehrer alle Tage Fleisch esse; es genüge, wenn dies zweimal in der Woche geschehe, die übrigen Tage solle er sich mit Hülsenfrüchten begnügen. Da der Landrathsdirektor dem Schulzen zu B. ... gelangt haben sollte, die Lehrer hätten Zeit genug zum Festhalten ihres Denkartsholzes, klang doch gar zu unwohlthuend.“ Das genannte Lehrerblatt bemerkt zu seinem Bericht, daß es denselben nicht ausgenommen haben würde, wenn ihm die darin mitgetheilten Thatfachen nicht ausdrücklich verbürgt worden wären. Es bleibt abzuwarten, ob der Landrathsdirektor im Stande ist, diese anstößige Nachricht zu dezentieren.

Frankfurt a. M., 6. Januar. Die gerichtlichen Verhandlungen gegen die hier verhafteten Sozialdemokraten werden vom 17. bis 20. Januar im Sitzungssaal der Stenographen des Landgerichts stattfinden.

Posen, 7. Januar. Der Ansiedelungskommission ist neuerdings durch die hiesige polnische „Bank für Landwirtschaft und Industrie, Kwiklit, Borksi und Comp.“ das Mittelgut Kahlowo im Kreise Mogilno mit 2 900 Morgen Flächeninhalt, welches die Bank vor einigen Monaten in der Substation erstanden hatte, für 165 Mk. pro Morgen verkauft worden; die Auktionswiederkäufer Mittwohns erfolgte. Die polnische Presse spricht sich über diesen freiwilligen Verkauf sehr entrüstet aus und der „Polen Post“ erklärt: Dieser Verkauf sei um so mehr zu verurtheilen, als sich darunter eine polnische Institution habe zu schaffen kommen lassen, welche durch die Gesamtheit der Städte gekommen und deren Zweck sei, dem polnischen Ackerbau und Gewerbe und nicht der Ansiedelungskommission zu helfen, auch dazu beizutragen, daß der polnische Landbesitz in polnischen Händen verbleibe und nicht in fremde Hände, daß das Land polnischen Händen entzogen werde.

Aus der Mark Brandenburg. Der Redakteur der „Botschafter Nachrichten“ Wilhelm Nidel wurde durch Erkenntnis der Strafkammer des hiesigen Landgerichts vom 10. September vorigen Jahres wegen Verleumdung des 1. Garde-Musik-Regiments, des Polizeipräsidenten Wolffgamm und des Hauptmanns v. Spörsner vom Ersten Garde-Regiment zu Fuß in Potsdam mit einer lebensmonatlichen Gefängnisstrafe belegt. Nidel hatte gegen dieses Erkenntnis das Rechtsmittel der Revision eingelegt. Nachdem jedoch das Reichsgericht diese Revision verworfen hat, hat sich Nidel, gegen welchen noch weitere Strafverfahren wegen Verleumdung durch die Presse anhängig gemacht waren, um sich der Strafvollstreckung zu entziehen, ins Ausland, dem Vernehmen der „M. Fr. Ztg.“ zufolge nach Wien, begeben. — Am Spandau, 6. Jan. In der heutigen, ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte zunächst die Einführung von zwei neuernannten Stadtverordneten. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden fanden im Laufe des Jahres 28 ordentliche und eine außerordentliche Sitzung statt, welche im Durchschnitt von 30 Stadtverordneten besucht wurden. In diesen Sitzungen gelangten etwa 270 Vorlagen zur Erledigung. Nach erfolgter Einführung von vier unbesetzten Theilen wieder, theils neuernannten Stadtverordneten schritt die Versammlung zur Bildung des Vorstandes. Die Wahl des ersten Vorsitzenden erforderte fünf Wahlgänge. Zu den beiden ersten Wahlgängen wurde keine absolute Majorität erzielt; die im dritten und vierten Wahlgange gewählten Stadtverordneten lehnten die auf sie gefallene Wahl ab; endlich im fünften Wahlgange wurde der Holzhändler Kühn gewählt, der die Wahl annahm, um einer Fortsetzung der Wahl vorzubeugen; die übrigen Wahlen erfolgten in kurzer Zeit. Nach der Rekonstitution des Vorstandes konnten die übrigen Namen der Tagesordnung erledigt werden.

Aus Hochwald, 5. Januar. Eine wahrhafte Festtags-rende wurde einem armen Landbauer in dem Dorfe Lohrheid am Neujahrstage zu Theil. Die Strapazen der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 hatten die Gesundheit des Armen derart untergraben, daß er in letzter Zeit vollständig erwerbsunfähig war. In dieser bedrängten Lage wandte er sich an die zuständige Militärbehörde mit der Bitte, ihn als Invaliden anzuerkennen und entsprechend zu unterstützen. Am Neujahrstage wurde ihm nun die freudige Mittheilung, daß ihm als Invalide die Pension vom Jahre 1871 an in Summa 4780 Mark nachbezahlt werde, und fernerhin eine Monats-Pension von 54 Mk. aussehe.

Kassel, 6. Januar. Vor einigen Tagen ist dahier der Oberlandesgerichtspräsident Condsbruch, der nach in rüstiger Manneskraft zu stehen schien, plötzlich verstorben. Der Verlebte, der als Richter eines pflichterfüllten preussischen Beamten gelten konnte, hatte noch das besondere Verdienst, daß, als im Jahre 1867 die Umgestaltung der kurhessischen Justiz so überaus schwierig im Lande empfunden war, er als damals hier eintretender Kreisgerichtsdirektor, ebenso wie der damals hier eintretende Appellationsgerichtspräsident Luther, durch humanes und liebenswürdiges Auftreten wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beitrug. Es gereichte daher hier zur allgemeinen Freude, daß Condsbruch, nachdem er mehrere Jahre als Kronoberanwalt in Celle fungirt hatte, im Jahre 1879 als Landgerichtspräsident hierher zurückkehrte und dann vor zwei Jahren als Präsident des Oberlandesgerichts an die Spitze der hiesigen Justiz trat. Möchte es gelingen, einen Nachfolger für ihn zu finden, der in diesem Maße das allgemeine Vertrauen und die Anerkennung der Menschen sich erwirbt. Die Vererbung der Provinz mit den alten Leuten, die noch immer einiger Arbeit bedarf, würde dadurch wesentlich gefördert werden.



